



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (vhs)**

Frage 1 zur Weiterbildungspolitik

Bildungsaufgaben sind von übergeordneter Bedeutung und erfordern eine gemeinsame strategische Planung und operative Umsetzung. Der Bund muss in die Lage versetzt werden, sich in Abstimmung mit Ländern und Kommunen in der Weiterbildung strukturell und finanziell stärker zu engagieren.

Unsere Forderungen:

- Kooperativer Föderalismus
- Weiterbildungskabinette
- Enquete-Kommission „Zukunft der Weiterbildung“

Antwort:

Gemäß der Föderalismusreform 2006 sind die Länder für die Bildungspolitik zuständig. Gleichzeitig kommt der Anstieg der Steuerquote seit dem Jahr 2011 fast ausschließlich den Ländern zugute, während die Steuerquote des Bundes und der Kommunen konstant geblieben ist. Angesichts dieser Entwicklung verfügen die Länder über die finanziellen Mittel, um die Kommunen so auszustatten, dass diese ihre Aufgaben erfüllen können. Hinzu kommt, dass der Bund die Länder im Bildungsbereich bereits um Milliardenbeträge entlastet: Der Bund hat im Hochschulpakt zusätzliche Studienplätze geschaffen und sich im Qualitätspakt Lehre für eine bessere Betreuung der Studierenden engagiert, er hat das BAföG komplett übernommen, zudem investiert er künftig in Schulsanierungen und in die digitale Bildung.

Richtig ist aber auch, dass die Bedeutung der Weiterbildung im Bereich gesellschaftlicher, kultureller und politischer Teilhabe und Integration sowie angesichts des technologischen Wandels zunehmen wird. Obwohl die starke betriebliche Weiterbildung die Beschäftigten auf die digitalen Herausforderungen adäquat vorbereitet, besteht beispielsweise mit Blick auf Angebote für allgemeine Weiterbildungsinteressierte oder die Integration der Asyl- und Schutzsuchenden ein breites Aufgabenfeld für den Weiterbildungsbereich. Daher wollen CDU und CSU eine weitere Aufwertung der Weiterbildung prüfen. Dazu gehört, dass die Weiterbildungserträge systematisch erfasst und evaluiert werden.

Frage 2 zur Weiterbildungsbeteiligung

Die Weiterbildungsförderung muss über den Arbeitsmarkt hinaus reichen und im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses den Erwerb von Kompetenzen für eine souveräne Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben fördern.

Unsere Forderungen:

- Weiterbildungs-BAföG
- Erfolgsprämien
- Steuerliche Absetzbarkeit
- Zielgruppenansprache

Antwort:

CDU und CSU unterstützen das Lernen im gesamten Lebenslauf, um Menschen bessere Bildungs- und Aufstiegswege zu eröffnen. Insbesondere begrüßen CDU und CSU die Anstrengungen der Wirtschaft, die Beschäftigten kontinuierlich weiterzubilden. Wir wollen prüfen, inwieweit wir lebensbegleitende Weiterbildung und Qualifizierung mit einem Anreizsystem, beispielsweise der Bildungsteilzeit, unterstützen können. Insbesondere werden wir die Weiterbildungsbeteiligung aller Beschäftigten unabhängig von Qualifikationsniveau oder Alter erhöhen und dabei vor allem kleine und mittlere Unternehmen unterstützen. Um Arbeitszeitkonten besser für Phasen der betrieblichen Weiterbildung zu nutzen, wollen wir den Einsatz von Lebensarbeitszeitkonten (Zeitwertkonten) attraktiver und gerade für kleinere Betriebe praktikabler gestalten. Auch die bestehende Allianz für Aus- und Weiterbildung soll noch stärker als bisher das Thema Weiterbildung adressieren.

Außerdem wollen wir die beruflichen Aufsteigerinnen und Aufsteiger auf jeder Fortbildungsstufe finanziell fördern. Dazu werden CDU und CSU das Aufstiegs-BAföG zum Berufsbildungs-Karriere-Gesetz erweitern. Darüber hinaus möchten wir die Zahl der Aufstiegsstipendien verdoppeln. Die Zahl der Weiterbildungsstipendien werden wir durch die Aufnahme weiterer Berufsgruppen in die Begabtenförderung erhöhen. Daneben werden wir prüfen, inwieweit finanzielle Anreize, wie sie die Bildungsprämie setzt, weiterentwickelt werden können. Damit wollen wir zielgenau diejenigen unterstützen, die durch Weiterbildung ihre Chancen im Beruf verbessern möchten, aufgrund ihres Einkommens die Kosten dafür aber nicht tragen können.

Um älteren geringqualifizierten Menschen die Chance auf eine nachhaltige Beschäftigungsperspektive sowie auf Fach- und Führungskarrieren zu bieten, wollen wir die Förderung der umschulungsbegleitenden Hilfen als individuelles Unterstützungsinstrument für das Erreichen der Externenprüfung über das Jahr 2020 hinaus fortsetzen.

Frage 3 zur kompensatorischen Bildung

Es gefährdet nicht nur die individuelle Existenzsicherung, sondern auch den wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes, wenn Menschen aufgrund eines Scheiterns im Schulsystem, Unterbrechungen in der Berufsbiografie oder wegen anderer Gründe vom lebenslangen Lernen ausgeschlossen werden.

Unsere Forderungen:

- Funktionaler Analphabetismus
- Zweiter Bildungsweg
- Bildungsübergänge und Weiterbildungsberatung

Antwort:

CDU und CSU stehen für ein durchlässiges Bildungssystem, in dem der Grundsatz gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Bereits heute können verpasste Schulabschlüsse auch nach Feierabend nachgeholt werden. Und Erstausbildungen beispielsweise für über 50-Jährige sind längst keine Seltenheit mehr. Hinzu kommen Teilzeitausbildungen, nicht zuletzt für Mütter. Wer eine Berufsausbildung absolviert und anschließend Arbeitserfahrung gesammelt hat, kann zudem in seinem Fachgebiet studieren.

Um insbesondere arbeitserfahrenen Menschen ohne Berufsabschluss weitere Zugänge und Entwicklungsperspektiven im Aus- und Weiterbildungssystem zu eröffnen, wollen wir ein bundesweites System zur Validierung non-formal und informell erworbener Kompetenzen aufbauen und prüfen, welche Förderangebote hierfür zur Verfügung gestellt werden können. Dazu werden wir die bewährten Strukturen der hoheitlichen Zuständigkeiten in der beruflichen Bildung nutzen. Außerdem werden wir die 2015 von Bund und Ländern ausgerufene Dekade der Alphabetisierung ausbauen und damit unseren Beitrag zur Verbesserung der Lese- und Schreibfähigkeiten von Erwachsenen in Deutschland leisten. Davon profitieren auch viele Menschen mit Migrationsgeschichte, die ihre Sprachkenntnisse verbessern und ihren Beitrag als Erwerbstätige leisten wollen.

Daneben sprechen wir uns im Rahmen der „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung dafür aus, digitale Angebote für die Schnittstellen zwischen den Bildungsbereichen bereitzustellen.

Dazu gehören onlinegestützte Studien- und Berufsberatung, Online-Self-Assessments oder onlinegestützte Qualifizierungsangebote zur Abrundung bzw. Ergänzung des individuellen Kompetenzprofils an den Übergängen von Schule und Berufsbildung bzw. Hochschule.

Frage 4 zur digitalen Weiterbildung

Die rasanten Prozesse der Digitalisierung erfordern den Erwerb umfassender Nutzungs- und mündiger Entscheidungskompetenzen. Menschen müssen dabei nicht nur mit digitalen Produkten und Funktionalitäten vertraut werden und ihre Informations- und Lerntechniken kontinuierlich erweitern, sondern auch ihre Analysefähigkeiten schärfen, um Informationen und Sicherheitsrisiken beurteilen zu können.

Unsere Forderungen:

- Förderprogramme
- Zugang für alle
- Digitale Informationszentren

Antwort:

Wir wollen ermöglichen, dass die Menschen in Deutschland Computer, Tablets und Smartphones nicht nur zu Unterhaltungszwecken, sondern auch für die eigene Aus- und Weiterbildung nutzen, um eine digitale Spaltung zu vermeiden. Dies ist auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit. Um in Zukunft als Nation von Gestaltern – und nicht allein als Anwender – die digitale Wirtschaft und Gesellschaft mitzuprägen, müssen wir sowohl digitale Kompetenzvermittlung in der Breite fördern als auch leistungsstarke IT-Talente unterstützen – von der frühkindlichen Bildung an und über die gesamte Bildungsbiografie hinweg. Dazu werden wir die Einführung eines öffentlichen Weiterbildungsdarlehens prüfen, das die Finanzierung auch kostenintensiver und längerfristiger Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht. Unser Ziel ist es, vorrangig Weiterbildungen und Qualifizierungen zu fördern, die auf die digitale Lebens- und Arbeitswelt vorbereiten.

Frage 5 zum Zusammenhalt durch allgemeine Weiterbildung

Unsere Gesellschaft ist von unterschiedlichen Spaltungstendenzen betroffen. Weiterbildung stärkt durch ihre Bürgernähe und ihre Begegnungsangebote den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ihre Programme müssen den Bildungsbedürfnissen der gesamten Bevölkerung gerecht werden, gleiche Zugänge ermöglichen und gemeinsame Bildungsprozesse initiieren.

Unsere Forderungen:

- Gesellschaftlicher Zusammenhalt
- Gesamtgesellschaftliche Integration

- Integrationskurse und Qualifizierung

Antwort:

Damit das Lernen im gesamten Lebenslauf erfolgreich sein kann, müssen die Bildungsstationen und Bildungsangebote vor Ort wie ein stimmiges, integriertes System aufeinander bezogen und abgestimmt sein. Insbesondere mit dem Programm „Lernen vor Ort“ haben CDU und CSU Kreise und kreisfreie Städte seit dem Jahr 2009 dazu ermutigt, ein kommunales Bildungsmanagement zu entwickeln und dabei mit weiteren Schlüsselakteuren der Bildung zu kooperieren. Die Kommunen konnten sich in folgenden Schlüsselsektoren profilieren: demographischer Wandel, Familienbildung / Elternarbeit, Demokratie und Kultur sowie Wirtschaft, Technik, Umwelt und Wissenschaft. Die an „Lernen vor Ort“ beteiligten Stiftungen haben sich nach dem Auslaufen des Programms in einem „Netzwerk Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen“ zusammengeschlossen. Das Netzwerk unterstützt weiterhin den Transfer des Knowhows auf die kommunale Ebene.

Der Schlüssel zur Integration ist und bleibt das Erlernen der deutschen Sprache. Für CDU und CSU sind daher die im Jahr 2005 eingeführten Integrationskurse der zentrale Ausgangspunkt für alle weiteren Integrationsschritte. Die Kurse sind sehr erfolgreich. Die Kursteilnehmer stammen aus verschiedenen Ländern, haben sehr unterschiedliche Bildungsprofile und berufliche Ziele. Damit jeder sein Leistungspotenzial bestmöglich ausschöpfen kann, haben wir die Zahl der Integrationskurslehrer verdoppelt und mit dem Integrationsgesetz die Unterrichtsstunden des Orientierungskurses deutlich ausgebaut, um mehr Wissen über die Werte und Kultur unseres Landes zu vermitteln. Ebenso wurden das gesamte Curriculum und speziell die Inhalte der Alphabetisierungskurse überarbeitet sowie die kursbegleitende Kinderbetreuung wieder eingeführt, um Müttern eine Teilnahme zu erleichtern. Wir werden die Qualität und Effizienz der Kurse weiter verbessern. Damit die Teilnehmer möglichst schnell einen Kurs beginnen, wollen wir sicherstellen, dass vor Ort eine bessere Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage stattfindet. Auch die Allianz für Aus- und Weiterbildung unterstützt die Integration der Flüchtlinge in Ausbildung und treibt gemeinsam neue Initiativen voran.

Frage 6 zur Personalstruktur

Mehr und mehr übernimmt die Weiterbildung Daueraufgaben, die im besonderen öffentlichen Interesse liegen und politisch gewünscht sind. Mit diesen Maßnahmen wächst

die Zahl der Lehrkräfte, die im Haupterwerb in der Weiterbildung tätig, aber nicht (ausreichend) sozial abgesichert sind.

Unsere Forderungen:

- Soziale Absicherung von Kursleitenden
- Weiterbildungssozialkasse

Antwort:

Anspruchsvolle Weiterbildungsmaßnahmen erfordern gut ausgebildete Fachkräfte. Mit relativ gering bezahlten Honorar- und Nebenerwerbstätigen ist dies nicht zu leisten. Daher ist es aus Sicht von CDU und CSU wünschenswert, den Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Weiterbildungsbereich zu erhöhen. Damit einhergeht, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Lehrkräfte weiter verbessert werden, damit auch in Zukunft ausreichend qualifizierte Kursleitende zur Verfügung stehen.